



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/4

10. Januar 1949

Der folgende Aufsatz ist ein Diskussionsbeitrag, keine Stellungnahme der Partei. Es werden in regelmäßigen Abständen weitere Beiträge folgen, die das gleiche Thema unter wechselnden Aspekten behandeln. D.Red.

Splitter zur Marxismus-Diskussion

Von Walter Theimer

Die Frage nach der Richtigkeit der marxistischen Geschichtsprognose erweitert sich zur Frage nach der Möglichkeit einer geschichtlichen Vorhersage überhaupt. Der Marxismus ist vor allem ein System des geschichtlichen Determinismus. Er hat ihn, in abgewandelter Form, von seinem Hegelschen Vorbild übernommen. Mit Hegel teilt er den grundsätzlichen Determinismus: die Geschichte hat einen Sinn und ist ein selbsttätiger Prozeß mit vernünftigen Inhalt. Er teilt auch Hegels Optimismus: die Geschichte führt mit naturgesetzlicher Notwendigkeit zu einem guten Ende im Sinne von Fortschritt, Freiheit, Vernunft, Menschlichkeit. Vom kommunistischen Manifest bis zu den sozialistischen Programmen des 20. Jahrhunderts ist es üblich, das Parteiprogramm mit einer Schilderung des geschichtlichen Prozesses und einer überaus sicheren Voraussage des weiteren Ablaufes einzuleiten. Aus dieser Präambel wird dann sozusagen die Berechtigung des sozialistischen Programms abgeleitet.

Akzeptiert man den Determinismus, so erhebt sich die weitere Frage, ob man einen optimistischen oder einen pessimistischen wünscht. Pessimistische Determinismen sind des Öfteren angeboten worden: der von Spengler hat fast soviel Einfluß ausgeübt wie sein optimistisches Gegenstück. Schon mancher verfiel vom hoffnungsfrohen Marxismus in die düstere Spenglerei, weil er eben nur ein deterministisches Geschichtsbild kannte. Das Rezept dagegen ist ein skeptischer Positivismus, etwa nach Art Jacob Burckhardts: Die Geschichte hat keinen uns erkennbaren Sinn, sie ist eine Häufung von Zufällen, wenn auch einige Vorgänge leidlich kausal zusammenhängen.

Dieser Aspekt erscheint vielen unangenehm. Eine realistische Geschichtsbetrachtung, aus der Anregungen zu politischem Handeln hervorgehen sollen, darf diesem Unbehagen aber nicht ausweichen wollen. Sie muß dem historischen Zufallsspiel ins Auge sehen. Bei näherer Betrachtung eignen ihm auch freundliche Züge: er läßt dem menschlichen Willen eine angenehme Freiheit, die er

im Determinismus nicht findet; dort wird ihm erzählt, seine Freiheit bestehe darin, das ohnehin Notwendige zu wollen. Das haben Hegel und Marx in fast gleichen Worten gesagt. Der Indeterminist darf viel mehr wollen - er darf sich zum Beispiel vornehmen, dem Zufalls-Chaos einen ihm genehmen Sinn zu geben, und bedarf nicht der beruhigenden Versicherung, der Sinn sei sowieso schon darin. Ins Sozialistische übersetzt: er darf auch Sozialist sein, ohne die Garantie zu besitzen, daß der Sozialismus ohnedies auf dem Strom der Geschichte daherschwimme. Die marxistische Geschichtsdeutung ruht auf einem optimistischen Bild von Menschen, nämlich auf der Annahme, der Mensch sei im Grunde intelligent genug, seine wahren Interessen zu erkennen, und aktiv genug, für sie zu kämpfen.

Bedauerlicherweise hat sich im Zuge der letzten geschichtlichen Erfahrungen gezeigt, daß der Mensch nicht so vernünftig oder mutig ist, wie ihn der Marxismus darstellt. Oft erkennt er trotz langer Aufklärung nicht seine wirklichen Interessen und ist durch Appelle an Dummheit, Furcht oder dunkle Leidenschaften leicht dazu zu betören, für eine, seinen Interessen ganz entgegengesetzte Tyrannei zu kämpfen, statt für die Ziele, die er laut dem Marxismus haben müßte. Oder aber er kennt seine Interessen wohl, findet aber nicht die Kraft zum Kampf. Stumpf oder sogar begeistert vermag er in seinen Untergang zu trotten. Zum mindesten in der jüngsten Geschichtsperiode ist das leider so gewesen. Was immer man für Gründe angeben möge: die Arbeiterklasse hat sich nicht in der heroisch-intelligenten Weise verhalten, die der Marxismus annehmen ließ.

An dieser neuen geschichtlichen Erfahrung muß die Kritik ansetzen. Sie muß diese Erfahrung verarbeiten und moderne Psychologie und Soziologie heranziehen, um ein der Wirklichkeit näheres Bild des Menschen zu formen. Ein neues sozialistisches Programm muß den Anschluß an die letzten fünfzig Jahre wissenschaftlicher Entwicklung gewinnen, statt von dem Stand vor hundert Jahren auszugehen. Der rein wirtschaftsbestimmte Mensch, der letzten Endes liberalkapitalistischen Anschauungen entspricht, ist als Grundlage sozialistischer Programmatik veraltet. Wie sich der vielbetonte Materialismus - von der Vielfältigkeit der Bedeutungen, in denen das Wort gebraucht wird, sei hier nicht die Rede - im Lichte etwa der modernen Physik ausnimmt, ist eine andere wichtige Grundfrage. Es gibt viel, viel zu lernen. Nicht jede Revision führt ins Lager der Gegenseite.

Arbeiter besichtigen Rußland

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Eine Delegation der gewerkschaftlichen Zentralorganisation Norwegens hat aufgrund einer sowjetrussischen Einladung unlängst eine drei Wochen lange Reise durch die Sowjetunion gemacht. Nach ihrer Rückkehr hat die Delegation soeben in Form einer Broschüre einen längeren, sehr lehrreichen Bericht veröffentlicht, der in ganz Skandinavien großes Aufsehen erweckt hat. Er ist die letzte und neueste Berichterstattung einer offiziellen Arbeiterdelegation über das wirkliche Rußland von heute.

Vom ersten Tag ihrer Ankunft in der Sowjetunion sind die norwegischen Arbeiterführer auf ein allumfassendes System der Verbote und Isolierung gestoßen. In den Fabriken, welche sie besuchten, durften die Direktoren die einfachsten und harmlosesten Fragen nicht beantworten, weil diese nunmehr als Staatsgeheimnisse betrachtet werden. So wurden stets die Angaben über die Arbeiterzahl und die Produktionsresultate der Fabrik verschwiegen. Die Absperrung gegenüber den Ausländern wird mit jedem Jahr strenger. Ein Dekret von 1948 verbietet den Russen, Ausländer in ihren Wohnungen zu empfangen oder in deren Heimen zu besuchen. Heiraten mit Ausländern waren schon 1947 verboten.

Gleichzeitig wird alles Ausländische verpönt und eine ungehemmte nationalistische Propaganda betrieben. Dem russischen Volke wird - allen historischen Tatsachen zum Trotz - der Glaube beigebracht, daß angeblich alle Fortschritte auf allen Gebieten nur von Russen gemacht worden sind. So wird allen Ernstes täglich behauptet, daß die elektrische Lampe nicht von dem Amerikaner Edison, sondern von einem unbekanntem Russen erfunden sei. Der zweite Weltkrieg wird als ein nur russischer Sieg dargestellt und als der "große vaterländische Krieg" bezeichnet. Die wichtige Rolle der westlichen Alliierten und ihre große materielle Hilfe an Rußland wird total verschwiegen. "Rußland über alles in der Welt!" ist heute die leitende Parole, nach der auf allen Gebieten gearbeitet wird. Das Resultat ist eine Atmosphäre von Selbstverherrlichung und absoluter Feindschaft gegen das Ausland, wie sie in keinem freien Land der Welt besteht. Das russische Volk lebt heute in einer Scheinwelt, die von den Unwahrheiten und Phantasien der kommunistischen Diktatur geschaffen ist.

Die norwegische Delegation hat versucht, in verschiedenen Betrieben Angaben über die Höhe des Durchschnittslohnes der Arbeiter einzuholen. Sie hat konstatiert, daß die Löhne in den verschiedenen Industriebranchen variieren. In einigen Fabriken der Metallindustrie, in den Kohlengruben und Erdölwerken beträgt der durchschnittliche Monatslohn etwa 800 Rubel, in den Unternehmen der Lebensmittelindustrie nur 500 - 600 Rubel. In den meisten Provinzstädten sind die Löhne noch niedriger, etwa 450 Rubel. Die Delegation hat einstimmig konstatiert, daß mit dem Durchschnittslohn des russischen Arbeiters kaum das Notdürftigste bestritten werden kann. Nur wenige Arbeiter können Fleisch, Butter und Fische kaufen. Die große Mehrzahl der russischen Arbeiter muß sich mit schwarzem Brot, Kartoffeln und Gemüse begnügen. Noch schwerer zu erschwingen sind für den Arbeiter Kleider und Schuhe. Das Straßenbild wird

schlecht gekleideten Menschen mit ganz abgetragenen und mehrmals geflickten Schuhen beherrscht. Hinzu kommt die entsetzliche Wohnungsnot, so daß nach dem Urteil der Delegation der Lebensstandard des norwegischen Arbeiters etwa doppelt so hoch zu bewerten sei wie der russische. Da in Rußland die meisten Arbeiterfamilien mit dem Lohn des Familienvaters nicht auskommen, müssen auch die Frauen und die Kinder mitverdienen. Die Delegation hat russische Frauen in allen Industrien und massenweise auch bei den allerschwersten Arbeiten getroffen; beim Löschen von Schiffen, beim Entladen von Eisenbahnwaggons, beim Kanalgraben, im Straßenbau, in der Bau- und Waldarbeit usw.

Die Löhne werden ausschließlich für die Arbeitsleistung nach einer gewissen Norm bezahlt. Das Prämierungssystem ist sehr weitgetrieben: mit einer Arbeitsleistung von 100 Prozent über der Norm kann man zum Beispiel eine Lohnzulage von 150 Prozent erzielen. In einer Fabrik verdiente ein kleiner Teil der Arbeiter 2 - 3.000 Rubel monatlich und die Stachanoviten sogar bis 10 und 14.000 Rubel. Durch dieses ausgeklügelte System werden Kameradschaft und die Solidarität unter den Arbeitern zerstört.

Als positiv bezeichnen die norwegischen Arbeitervertreter nur die sowjetische Sozialpolitik. Auf diesem Gebiete habe Sowjetrußland das alte zaristische Rußland übertroffen. Die sowjetische Sozialversicherung und ärztliche Hilfe ist aber den meisten westeuropäischen Demokratien noch immer bedeutend unterlegen.

Der Bericht der norwegischen Arbeiterdelegation bestätigt frühere Erfahrungen. Aus der Perspektive des Arbeiters ist das heutige Rußland kein Land des Sozialismus. Es repräsentiert die totalitäre Diktatur, gepaart mit sozialer Ungleichheit und wirtschaftlicher Not. Die kommunistische Propaganda mit dem ständigen Hinweis auf Rußland als dem Land des Sozialismus ist ein grober Unfug. Der russische Weg führt nicht zum Sozialismus.

"Seltene Einmütigkeit"

sp. Mit "seltener Einmütigkeit", so erklärte Minister Süsterhenn nach Abschluß der zweitägigen Beratungen der CDU/CSU, seien die Beschlüsse von Königswinter zustandegekommen. Nur das Prädikat "selten" dürfte zutreffen; die Einmütigkeit wäre glaubwürdiger, wenn sie auch Dr. Adenauer verkündet hätte. Er konnte es aber nicht, weil er durch seinen brüskten vorzeitigen Abgang von der Pressekonferenz deutlicher als Dr. Süsterhenn verriet, was von der verkündeten Einmütigkeit zu halten ist.

Dr. Adenauer soll nach Feststellungen von Journalisten einen abgekämpften Eindruck gemacht haben. Das bestätigt auch das von Süsterhenn mitgeteilte Ergebnis der Beratungen, denn in den beiden Hauptpunkten der gegenwärtigen Bonner Verfassungsarbeiten hat Adenauer gegenüber den extremen bayerischen Föderalisten den kürzeren gezogen. Die CDU/CSU wird demnach in Bonn auf einem echten Zweikammersystem und auf der Finanzverwaltung durch die Länder, nicht durch den Bund, bestehen - zwei Punkte, in denen sie bisher in der Minderheit geblieben ist. Es kann nicht angenommen werden, daß die Parteien, die bisher gegenteiliger Ansicht waren, nur deshalb ihren Standpunkt ändern, weil die CDU/CSU in "seltener Einmütigkeit" anders beschlossen hat. Das bedeutet, daß die CDU/CSU trotz weitgehender Konzessionen der Mehrheit, insbe-

sondere der SPD, die Verantwortung dafür übernehmen will, wenn es in Bonn zu einer ernststen Lage kommen wird.

Was sonst über die Tagung bekannt wurde, deutet auf einen teilweise recht stürmischen Verlauf hin. So habe man sich, Minister Süsterhenn zufolge, zu den Beschlüssen durchgerungen, wobei jeweils eine Gruppe auf ihre Wünsche hätte verzichten müssen. Auch Adenauer sprach von den verschiedenen Ansichten, die zum Ausdruck gekommen waren. Daß er mit dem Tagungsergebnis trotzdem zufrieden sei, klingt schon weniger glaubwürdig.

Der Katalog der Vorranggesetzgebung soll nochmals überprüft werden. Den Ländern soll das Recht vorbehalten bleiben, die Rechtsverhältnisse ihrer Beamten unter Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums selbständig zu regeln. Dieser Beschluß richtet sich einerseits gegen die amerikanischen Bestrebungen, den Kastengeist der Beamten verschwinden zu lassen und andererseits gegen die Vorschläge des nordrhein-westfälischen Innenministers Dr. Menzel, in der Verwaltung das Leistungsprinzip mehr in den Vordergrund zu rücken.

Auf kulturpolitischem Gebiet wird der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit, Schutz von Ehe und Familie, sowie die Verankerung des Elternrechts im Staatsgrundgesetz gefordert. Die Rechtsstellung der Kirche ist, unbeschadet der Kulturhoheit der Länder, unter sinngemäßer Anwendung der in der Weimarer Verfassung getroffenen Regelung sowie unter Aufrechterhaltung der mit den Kirchen abgeschlossenen Verträge zu sichern. Nach Klärung dieser Streitfragen auf dem Gebiet des Grundgesetzes hofft Süsterhenn, dass der Parlamentarische Rat seine Arbeiten noch in diesem Monat zu einem glücklichen und zufriedenstellenden Ende führt.

Bei der Behandlung parteiorganisatorischer Fragen sprach sich Adenauer für eine straffere Führung der Partei aus, während die CSU eine lose Zusammenfassung der Landesverbände befürwortete. Adenauer zog auch hier den kürzeren.

Einen klaren Sieg für Adenauer, zugleich aber auch für Professor Erhard, bedeutet die Entschliessung, in welcher die Frankfurter Wirtschaftspolitik ausdrücklich gebilligt wird. Sie richtet sich in erster Linie gegen den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Arnold, und den hinter ihm stehenden Gewerkschaftsflügel. Durch das auf Arnolds Initiative eingebrachte Veto des Länderrates war nämlich kürzlich das von der CDU/CSU-Mehrheit des Wirtschaftsrates verlängerte Preis- und Leitzinsgesetz zu Fall gekommen.

Hunderttausende Facharbeiter wollen nach Deutschland

sp. 150.000 bis 200.000 Sudetendeutsche befinden sich heute noch in der Tschechoslowakei. Wer wissen will, wie es ihnen geht, betrachte die genannte Zahl. In einem geordneten Staatswesen, müsste man annehmen, lassen sich Menschen leicht zählen, zumal in der Tschechoslowakei die Deutschen sich besserlich von den anderen Einwohnern durch besondere Kennzeichnung unterscheiden. Wenn die Schätzungen dennoch bei einer relativ kleinen Höchstzahl 100.000 als unsicher ansprechen, dann kann man daraus allerdings schliessen.

Es soll hier aber nicht vom Schicksal dieser Menschen die Rede sein. Wichtiger ist, dass sie nunmehr die Möglichkeit haben,

10. Januar 1949

nach Deutschland zu kommen. Nach einer UP-Meldung sind die tschechoslowakischen Behörden jetzt bereit, die Ausreise zu genehmigen, wenn einem individuellen Antrag Bescheinigungen der zuständigen deutschen Landesbehörden über das Vorhandensein von Wohnraum, Verwandte usw. beigelegt ist. An dieser Klausel kann die tschechische Bereitschaft sich eitem, denn wo ist noch freier Wohnraum? Er ist vor allem dort nicht, wo heute die meisten Sudetendeutschen, also die angesprochenen Verwandten, siedeln, in Bayern; aber auch in Hessen und Württemberg werden die Wohnungsämter nicht aus freien Stücken Wohnraum frei machen. Denn Ämter pflegen unpersönliche Einrichtungen zu sein, die ihre Gemütsbewegungen im Vergleich zwischen "Soll" und "Ist" abregieren.

Es ist aber notwendig, dass diese einmal gebotene Chance genutzt wird. Einmal aus menschlichen, zum anderen aus Nützlichkeitsgründen, so dass in diesem Falle sich die Menschlichkeit sogar bezahlt machen würde. Denn die Tschechen haben bis 1949 keine "unnützen Esser" zurückgehalten, sondern Menschen, die sie im Aufbau ihrer Nachkriegswirtschaft nicht entbehren konnten. Deutschland kann heute solche Menschen noch weniger entbehren. Die Möglichkeit, hunderttausende bestqualifizierter Facharbeiter zu übernehmen, darf nicht an den Beschränkungen und am Bürokratismus der Wohnungsämter scheitern. Es ist notwendig, dass sich hier überregionale Instanzen einschalten, unter Umständen das im Werden begriffene Zentrale Flüchtlingsamt in Frankfurt. Insbesondere muss daran gedacht werden, dass in der französischen Zone Aufnahmemöglichkeiten geschaffen werden. Mit Appellen an die Öffentlichkeit allein kann das nicht geschafft werden; ebenso wenig, wenn man die Initiative hier ansässigen Verwandten überlässt, die erstens ohne Einfluss, weil sie selbst nur geduldet sind, und zweitens bestimmt unter beschränkten Wohnverhältnissen leben. Hier ist eine Zusammenarbeit allerhöchster Faktoren notwendig. Die Angelegenheit kann zu einem Prüfstein dafür werden, ob es in Deutschland noch Männer und Instanzen gibt, die über menschliches Fühlen und Weitblick verfügen. (m/2/101/2/he) -dt

Von befreundeter Seite schreibt
man uns aus Frankfurt:

Schlange - und was dann?

In Frankfurt rechnet man mit dem Wiederaufleben der Schlange-Krise im Januar. Das Stichwort wird Herbert Kriedemann mit der grossen Anfrage in der Angelegenheit Pödeyn geben. Sicher wird die Situation des Ernährungsdirektors angesichts der schwankenden Haltung seiner Parteifreunde prekärer denn je sein. So ist es möglich, dass der Wirtschaftsrat, ehe er sein Szepter an die Bonner Spätgeburt abgeben muss, doch noch seine Regierungskrise haben wird.

Was interessiert, ist weniger der Mann als die einer solchen Krise folgende Entwicklung der deutschen Ernährungswirtschaft, nebenher auch die Reaktion eines Sturzes Schlanges auf die CDU.

Allen Eingeweihten ist es klar, dass nach dem "ostelbischen Junker" kein stärkerer, sondern ein schwächerer Mann kommt, weil die CDU keinen stärkeren hat - "stark" und "schwach" in diesem Zusammenhang als fachliche Eignung und die Fähigkeit verstanden, die bis jetzt ein wesentliches Ansteigen der Lebensmittelpreise verhindert hat.

Ernährungspolitisch ist es wahrscheinlich, dass die nicht kaufkräftigen Schichten unseres Volkes diese Regierungskrise bezahlen müssten. Das würde sich ausserdem während der Ernährung obligatorischen Fünfjahreskrise in der Ernährung abspielen. Parteipolitisch lässt sich eine Entwicklung ablesen, die bei Behandlung des Falles Schlange schon heute sorgfältig beachtet werden sollte. Schlange ist kein Sozialdemokrat und ganz gewiss ist seine Politik keine sozialdemokratische Politik. Aber er ist nun einmal im Frankfurter Fünfergespann jenes Pferd, das zur Zeit "links sussen" läuft. Er fügt sich wenigstens gewissen elementaren Notwendigkeiten einer vernünftig planenden Wirtschaft, wobei es von nachgeordneter Bedeutung ist, ob er es aus Zwang oder aus Überzeugung tut.

Der Sturz eines Ministers ist nicht der Sturz eines Kabinetts. Auch eine positive Opposition wird zuletzt auf einen Kabinettswechsel hinarbeiten, sonst verliert sie ihren Sinn. Sie sollte sich aber hüten, in einem Moment, da sie das Gesamtkabinet nicht stürzen kann, einen Minister zu beseitigen, durch dessen Wegfall die innere Geschlossenheit des Direktoriums eher grösser und die verheerenden Auswirkungen der Regierungsarbeit auf das Volk nur schlimmer würden, als sie ohnehin schon sind.

Wir wissen, dass das Spiel um Podayns Amerikareise - gelinde gesagt - recht dunkel war. Inwieweit Dr. Schlange sich hier widersprochen oder einem Druck nachgegeben hat, ist nicht so entscheidend. Weder auf Podayn, noch auf der SPD bleibt ein Makel. Die Haltung der SPD zum Frankfurter Direktorium der Freispendler war, ist und wird klar bleiben. Mit ihm wird Schlange eines Tages gehen müssen, wenn die Not des Volkes das unumgänglich macht. Bis dahin aber könnte man Energie und Arbeit auf andere Dinge richten.
(b/28a/91/2/he)

Hente schon Wahlkampfprüfung der Labour Party

sp. Um auch bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahre wohl vorbereitet zu sein, arbeitet das Nationale Exekutiv-Komitee der Labour Party bereits jetzt einen Entwurf aus, in dem die Politik der Partei für die nächsten fünf Jahre festgelegt wird. Dieser Entwurf wird spätestens Ende März den verschiedenen Ortsvereinen und den der Partei angeschlossenen Organisationen zur Prüfung und Fertigung zugeleitet werden. Beim Parteitag, der diesmal in Blackpool abgehalten wird, wird über den Entwurf debattiert werden. Das Ergebnis dieser Debatte wird dann im Wahlmanifest für 1950 berücksichtigt werden. Inzwischen hat die Parteileitung eine neue Kampagne zum Werben von Mitgliedern gestartet. Ihre Zahl soll nach Möglichkeit bis 1950 auf eine Million erhöht werden. (m/B65/101/2/he)

Verantwortlich: i.V. Josef Schmiat